

Einschnitte, Chancen und Dauerbrenner

Rück- und Ausblick für Nordfriesland / Erster Teil

Wer mehr hat als andere, sollte davon abgeben. Im übertragenen Sinne gilt dies auch für die Bundeswehr-Strukturreform. Sie beschert Nordfriesland den Verlust von 1700 Stellen – mithin ein Drittel aller bisherigen Dienstposten. Am härtesten betroffen ist der Standort Seeth (720 Stellen), der komplett geschlossen werden soll. Ebenfalls die kleineren Depots in Ladelund und Bargum werden dichtgemacht. Militärisch aufgewertet darf sich dagegen Husum fühlen. Künftig beheimatet die Stadt das einzige Flugabwehrraketengeschwader und das einzige Spezialpionierbataillon der Republik. Vor allem letzteres wurde mit Erleichterung aufgenommen, sind die Bundeswehr-Pioniere doch bei Sturmflut-Gefahren für den Katastrophenschutz an der schleswig-holsteinischen Westküste unverzichtbar.

Angesichts dieser Gemengelage lösten die Stationierungs-Entscheidungen denn auch keinen Sturm der Entrüstung aus. Vielmehr richten jetzt alle den Blick nach vorn, um Bundeswehr-Liegenschaften für andere wirtschaftliche Aktivitäten zu nutzen und auf diese Weise den betroffenen Standorten zu helfen. Während das Land zu diesem Zweck rasch einen millionenschweren „Aktionsplan Konversion“ aufgelegt hat, wartet nicht nur der nordfriesische Kreistag auf ein vom Bund finanziertes Konversionsprogramm für strukturschwache Gebiete. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland jedenfalls arbeitet mit Hochdruck an einem Konzept, wie den Folgen des Truppenabbaus begegnet werden kann. Bis zum Frühjahr 2012 soll es fertig sein.

Bis zu diesem Zeitpunkt könnte nun auch der Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der Ortsumgehungen Bredstedt, Struckum und Hattstedt im Zuge der Bundesstraße 5 vorliegen. Ursprünglich hätte dies bereits zum Jahreswechsel der Fall sein sollen. Aber Einwendungen, Planänderungen und Anforderungen des Bundesrechnungshofes sorgten für weitere Verzögerungen, so dass der letzte Erörterungstermin erst am 11. Januar stattfinden wird. Das 54-Millionen-Euro-Projekt könnte danach zügig in Angriff genommen werden – wenn nicht wieder etwas dazwischen kommt. Denn schon im vergangenen Jahr mussten sich die Verantwortlichen wiederholt von Wirtschaft und Politik Kritik am schleppenden Ausbau der zentralen Verkehrsader an der schleswig-holsteinischen Westküste gefallen lassen.

Vor einem riesigen Investitionsschub in punkto Windkraft-Nutzung steht der Kreis Nordfriesland, wenn das Land die Teilfortschreibung des Regionalplans V im Frühjahr

endgültig absegnen. Insgesamt 2370 Hektar zusätzlicher Eignungsgebiete – rund ein Viertel aller neuen Flächen in Schleswig-Holstein – sollen in Nordfriesland ausgewiesen werden. Die sich abzeichnenden Vorgaben basieren wesentlich auf dem Kreiskonzept. Hier wie dort haben die Planer trotz vieler Begehrlichkeiten die Kraft gehabt, zahlreiche charakteristische Landschaftsräume weitestgehend von der Windenergie-Nutzung auszunehmen – darunter die gesamte Nordsee-Deichlinie, den angrenzenden 500 Meter breiten Streifen binnendeichs, die Inseln und Halligen sowie Eiderstedt. Dennoch wird sich das Landschaftsbild durch zusätzliche Windkraftanlagen und Strommasten weiter verändern – auch ein Preis der Energiewende und des Ausstiegs aus der Atomkraft.

Woche für Woche, Monat für Monat demonstrieren Mitglieder der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager in Nordfriesland und andernorts im Norden gegen die CCS-Technologie zum Abtrennen und unterirdischen Speichern von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage). Das umstrittene Gesetz – ob mit oder ohne „Länderklausel“, auf die Schleswig-Holstein pocht – ist derweil zur Hängepartie geworden im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag. Vom Tisch ist es damit nicht. Der Kreis, selbst Mitglied der Bürgerinitiative, hat sich positioniert gegen unterirdische CO₂-Endlager an Land und vor der Küste sowie gegen ein CCS-Gesetz einschließlich Länderklausel. Diese Klausel, die auf Vorbehalte Schleswig-Holsteins und Niedersachsens zurückgeht, würde Bundesländern erlauben, Endlager auf ihrem Gebiet auszuschließen. Doch von juristischer Seite gibt es Zweifel an der ausreichenden Sicherheit eines solchen Vetos.

Und es gibt auch andere Interessen: Um die Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 drastisch zu senken, spielt die EU-Kommission ein Szenario mit Kohlendioxid-Speicherung aus konventionellen Kraftwerken durch. So sieht der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft nach wie vor die Notwendigkeit, CCS als möglichen Beitrag zum Klimaschutz zu erproben. Und für Brandenburgs Ministerpräsident ist die Technologie mit dem aktuellen Streit keineswegs „tot“. Dies gilt aber auch für den Widerstand. Im neuen Jahr wird es weitere Aktionen und Mahnwachen geben im Norden. Selbst kräftiger Gegenwind wirft hier schließlich so leicht niemanden um.

Minderheitenpolitik kann das Land nur noch nach Kassenlage machen. Und die lässt bekanntlich viele Wünsche offen. Das räumte Caroline Schwarz, Beauftragte für Minderheiten und Kultur Schleswig-Holsteins, im Herbst vor dem nordfriesischen Kreistag ein. Weil das für die Betroffenen vielerlei Probleme – von finanziellen Fragen bis zu Veränderungen der Schullandschaft mit Gefahren für den Erhalt der friesischen Sprache – aufwirft, will Schwarz im neuen Jahr wiederkommen und die Situation mit den Mitgliedern des Kulturausschusses erörtern. Um ihre knappen Ressourcen zu bündeln und dennoch die Schlagkraft zu erhöhen, hatten die friesischen Organisationen in einem wegweisenden Schritt bereits

Anfang 2011 ihre gemeinsame Organisationszentrale im „Friisk Hüs“ in Bredstedt bezogen. Kräftige finanzielle Unterstützung leistete dabei der Bund. Und um die Mittelkürzung des Landes abzumildern, steht der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Minderheiten auch dem Nordfriisk Instituut in Bredstedt mit erhöhten Projektmitteln bei. Dennoch bleiben Sorgen die ständigen Begleiter der Minderheitenarbeit.

Dies gilt auch für den Erhalt der plattdeutschen Sprache und deren unzureichende Förderung, wie der Nordfriesische Verein zum wiederholten Mal moniert hat. Um die Regionalsprache wieder voranzubringen, möchte der Förderverein für das Niederdeutsch-Zentrum in Leck einen neuen Weg beschreiten: Plattdeutsch soll als „immaterielles Kulturerbe“ bei der Unesco, der Kulturorganisation der Vereinten Nationen, angemeldet werden. Ob dieses Anliegen Erfolg versprechend sein kann, wird sich wohl bereits im neuen Jahr zeigen.

Aus drei macht einen: Die Fachkliniken Nordfriesland nehmen zwölf Millionen Euro in die Hand und legen ihre Standorte zusammen. Im Breklumer Ortsteil Riddorf entsteht zurzeit ein neues Krankenhaus mit Rehabilitation sowie einem Therapie- und Beschäftigungszentrum. Nachdem Fachklinik Breklum und Fachkrankenhaus Bredstedt schon vor einigen Jahren fusioniert hatten, soll der Neubau nun dazu beitragen, Arbeitsabläufe zu optimieren und damit Patienten besser versorgen zu können. Wenn alles klappt, wird das ambitionierte Projekt der Fachkliniken – sie beschäftigen rund 400 Mitarbeiter – im Frühsommer 2012 abgeschlossen sein. Die Zeit drängt, weil das alte Klinikgebäude in Breklum an den Kirchenkreis Nordfriesland übergehen wird.

Denn auch der Kirchenkreis betreibt Standort-Optimierung. Getreu dem Motto „Weniger ist manchmal mehr“ sollen die bisherigen Verwaltungssitze in Leck und Husum aufgegeben und für rund 1,8 Millionen Euro eine zentrale Verwaltung geschaffen werden. Damit gewinnt Breklum, wo schon das Christian-Jensen-Kolleg angesiedelt ist, weiter an Bedeutung als ein kirchliches Zentrum in Nordfriesland. Betriebswirtschaftlich soll sich das Ganze lohnen, denn den finanziellen Aspekt darf auch der Kirchenkreis nicht außer Acht lassen. Nicht zuletzt deshalb hatte er im Frühjahr ein Spenden-Projekt unter dem Motto „Kirchturmdenken? Ja, bitte!“ gestartet. 23 Kirchengemeinden im Kreisgebiet beteiligten sich und viele Nordfriesen halfen, damit Kirchenschätze restauriert oder Gotteshäuser renoviert werden können – eine nachahmenswerte Aktion.

Wenn es so etwas wie das nordfriesische „Wort des Jahres“ geben würde, dann hätte 2011 womöglich „Vermaisung“ das Rennen gemacht. Negativ besetzt beschreibt der Begriff alles das, was die Biogas-Euphorie dem Land mit rund 400 Anlagen beschert hat: unzureichende Verwertung der erzeugten Wärme, vermehrter Grünland-Umbruch, Regionen in denen der Mais-Anbau bereits dominiert, mögliche Gefahren für Böden und Trinkwasser sowie

Straßenschäden durch tonnenschwere Erntefahrzeuge. „Gefühlt“ ist vielerorts das Maß voll. Da an der Biomasse-Nutzung künftig wohl kein Weg vorbei führt, will das Land umsteuern auf Gülle, Stroh, Grün- und Bioabfälle. Auch der Bauernverband erkennt den Konfliktstoff, den die Nutzung der Bioenergie mit großräumigem Maisanbau im Schlepptau hat. Das machte der jüngste Kreisbauerntag für Husum-Eiderstedt deutlich. Denn für die Organisation bedeutet das Thema einen Spagat: Einerseits müssen Landwirte alle sich bietenden Einnahmequellen nutzen, andererseits geraten viele ihrer Milch erzeugenden Berufskollegen angesichts der steigenden Pachtpreise für Agrarflächen in Bedrängnis.

Jörg von Berg